

Mexiko: Wahljahr mit weiteren PRI-Erfolgen zu Ende gegangen

Mit Regionalwahlen in den Bundesstaaten Coahuila und Tabasco ist jetzt der mexikanische Wahlmarathon 2009 zu Ende gegangen – und der Wettkampf um elf Gouverneursposten zeichnet sich für 2010 schon ab, derzeit mit klaren Startvorteilen für die PRI. Parallel einigte sich eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus auf das Haushaltspaket für das kommende Jahr. Die geplanten Steuererhöhungen stoßen dabei fast überall auf Kritik und erhöhen den Verdruss gerade im Mittelstand: ein für die Politik besorgniserregendes Signal.

Die letzten beiden Wahlen des Jahres fanden jetzt in den Bundesstaaten Tabasco (Regionalparlament und Bürgermeister) und Coahuila (Bürgermeister) statt – mit gemischten Ergebnissen.

„Historischer Erfolg“ in Tabasco

Erstmals in ihrer Geschichte gelang es der PAN dabei, im Bundesstaat Tabasco überhaupt einen Bürgermeisterposten zu erringen. Nun regiert man in Emiliano Zapata und Balacán. Diese Siege gingen hälftig auf Kosten der PRI und der PRD, die nun in zehn bzw. in fünf Gemeinden des Bundesstaates das Sagen haben.

Bei den Wahlen zum Regionalparlament holte die PRI 13 Direktmandate (vorher 11), die PRD verlor in der Heimat ihres ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Andrés Manuel López Obrador von 10 auf sechs Mandate und die PAN errang, ebenfalls erstmalig, zwei Direktmandate.

In Coahuila regiert die PRI jetzt 31 von 38 Gemeinden, die PAN drei und die PRD zwei, ein Bürgermeister wird künftig von den

Grünen gestellt. Schmerzhaft für die PAN allerdings, dass die Landeshauptstadt Torreón verlorenging – dies lässt sich durch die Siege in den wesentlich kleineren Gemeinden Allende, Lamadrid und San Buenaventura nicht kompensieren. Gemeinsam mit der PRD gewann man allerdings zusätzlich die Gemeinde Castaños. Rechnet man die Wahlsiege in Bevölkerungsanteile um, regiert die Opposition auf kommunaler Ebene nach wie vor nur rund sieben Prozent der etwa 3,2 Millionen Einwohner des Bundesstaates. Die Stärke der PRI in Coahuila wird dadurch eindrucksvoll bestätigt. Die Wahlbeteiligung hatte insgesamt bei rund 52 Prozent gelegen.

Für die anstehenden vierzehn Wahlen im Jahr 2010 – in elf von ihnen wird der Gouverneursposten neu besetzt – dürften die Parteien mit unterschiedlichem Optimismus antreten. Der PRI wird es darum gehen, mindestens die acht von ihr regierten Bundesstaaten zu halten und ihre Position gerade auf kommunaler Ebene weiter auszubauen – ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur 2012. Die PAN muss versuchen, neben den von ihr gehaltenen Bundesstaaten Aguascalientes und Tlaxcala wieder Boden gut zu machen, ebenso wie die PRD, die nur im Bundesstaat Zacatecas als „Titelverteidiger“ antritt. Interessant dürfte werden, ob die beiden letztgenannten Parteien in weiteren Bundesstaaten – für Oaxaca wurde dies bereits verabredet – auf Koalitionen setzen, um die dominierende PRI in die Schranken zu weisen. Lokale Entwicklungen zeigen aber auch, dass hier fast alles an Kombinationen möglich ist, was das politische Spektrum in Mexiko aufzuweisen hat.

„Energiestreit“ geht weiter

In der Auseinandersetzung zwischen Regierung und der Gewerkschaft der Elektriker SME über die Schließung der Elektrizitätsgesellschaft *Luz y Fuerza del Centro* (LyF) sah die Hauptstadt am 15. Oktober eine Massendemonstration, an der – die Schätzungen gehen auseinander – etwa 150.000 Menschen teilnahmen. Neben den unmittelbar Betroffenen waren einmal mehr auch die „üblichen Verdächtigen“ auf der Straße, von den Anhängern López Obradors bis zur APPO aus Oaxaca. Alles in allem kein vertrauenserweckendes Bild für die Millionen von Stromkunden, die nichts anderes wollen als eine effiziente und gleichzeitig preiswerte Versorgung.

Währenddessen läuft die Abwicklung der Abfindungszahlungen an die ehemaligen Mitarbeiter von LyF eher schleppend. In den ersten fünf Tagen wurde sie nur von rund fünfzehn Prozent der Berechtigten in Anspruch genommen. Die anderen warten offenbar auf Verbesserungen oder eine Annullierung des Regierungsdekrets. Die Regierung versuchte daher, mit Nachbesserungen wie dem Angebot von Weiterbildungs- und Umschulungskursen eine höhere Akzeptanz zu gewährleisten. Ein parallel einberufener „runder Tisch“ zum Dialog mit der Gewerkschaft SME scheiterte mittlerweile, da die Arbeitnehmervertreter der Regierung den Willen zu einem wirklichen und ergebnisoffenen Dialog absprachen.

Mittlerweile fällt das Auge auch auf die Gesellschaft CFE, die künftig die Aufgaben von LyF übernehmen soll und nicht zuletzt die dort tätige Gewerkschaft SUTERM. Die Kollektivverträge, die diese aushandelte, stehen denen der SME kaum nach – auch im Fall SUTERM, einer Säule des früheren PRI-Gewerkschaftssystems – werden zudem Praktiken wie bei SME vermutet. Gleichwohl sind die Wettbewerbs- und Produktivitätsdaten von CFE – weit entfernt allerdings von weltweit führenden Unternehmen wie der italienischen ENEL oder der deutschen EnBW – besser als die von LyF, die Kundenzufriedenheit ist höher, Energieverluste auf dem Weg zum Kunden sind deutlich geringer. Auch bei der häufig auftretenden Un-

terbrechung der Stromzufuhr, so eine Studie von *Banamex*, schneidet CFE besser ab.

Umstrittene Haushaltseinigung

Bei den Beratungen zum Haushalt 2010 zeigte sich Kompromissbereitschaft im Parlament insbesondere zwischen PAN und PRI. Zwar kam es nicht zur generellen Erhebung einer zweiprozentigen Zusatzsteuer, die der Präsident speziell mit dem Ziel vorgeschlagen hatte, Sozialprogramme besser auszustatten. Gleichzeitig aber stimmte die PRI erheblichen Steuererhöhungen in anderen Bereichen zu, um das Staatsdefizit im Rahmen zu halten. Dazu gehören unter anderem eine einprozentige Anhebung der Mehrwertsteuer – Lebens- und Arzneimittel bleiben davon ausgenommen – und eine zweiprozentige Erhöhung der Einkommenssteuer von 28 auf 30 Prozent, die allerdings zeitlich begrenzt ist. Ferner werden die Kosten für Bargeldtransfers erhöht und verschiedene Unternehmenssteuern nach oben angepasst. „Es zahlen die, die immer zahlen“, empörte sich der Leitartikel der Zeitung *El Universal*, und die, die immer stören, stürmten schon mal die Tribüne des Parlaments, um die Abstimmung aufzuhalten: Abgeordnete von *Arbeiterpartei PT* und PRD, wobei sich im letzteren Fall die Fraktionsführung von der Aktion distanzierte.

Der Vorteil für die Oppositionspartei ist dabei derselbe, der sich für sie auch schon in den zurückliegenden Verhandlungen anbot und wahltechnisch ausgezahlt hat: die neuen Einnahmen werden zwischen Bundesregierung und den Bundesstaaten aufgeteilt, was speziell den PRI-Gouverneuren, die den überwiegenden Teil des Landes regieren, die Mittel in die Hand gibt, die für Wahlsiege vor Ort nicht unbeträchtlichen Einfluss ausüben. Parallel wird man wohl einige PRI-Abgeordnete nach ihrem „Gewissen“ und damit gegen die Steuererhöhungen stimmen lassen: das kann dann zumindest den Eindruck erwecken, die Partei habe da schwere soziale Bedenken.

Diese teilt man auch in Teilen der PAN, obwohl die Fraktion die Haushaltsinitiative in Gänze mittragen wird: immerhin hatte Präsident Calderón vor der Wahl 2006 Steuer-

senkungen versprochen – auch passt die Anhebung der Belastung speziell für die steuerzahlenden Leistungsträger eigentlich wenig ins Parteikonzept. „Es wird,“ so selbst die Meinung sonst eher zurückhaltend formulierender Kommentatoren wie Sergio Sarmiento in der Zeitung *Reforma*, „immer klarer, das die Politiker aller Parteien in ihren Wahlkämpfen lügen und, einmal an der Macht, machen was sie wollen.“ Diese Meinung, die durchaus einer allgemeinen Stimmung in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung Mexikos entspricht, sollte die Politik nicht unterschätzen.

Niedrige Steuerquote bleibt

An der niedrigen Steuerquote in Mexiko wird all dies nichts ändern. Im laufenden Jahr liegt sie einmal mehr knapp unter zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während Ländern wie Chile bei 17 Prozent liegen, ganz zu schweigen von europäischen Staaten wie Frankreich (40 Prozent) oder gar Finnland (60 Prozent). Einmal mehr, so der gleiche Kommentar in *El Universal*, werde das politisch Mögliche getan, nicht das Nötige. Vor allem würden auch diesmal mächtige Partikularinteressen nicht angetastet, die eine signifikante Steuerzahlung etwa von Großunternehmen verhinderten.

Andere Beobachter kritisieren – die Ablehnung des Steuerpakets in der Gesellschaft ist dabei so gut wie einstimmig -, dass durch die weitere Belastung der hauptsächlich im Mittelstand zu findenden Steuerzahler und des Konsums nur die Flucht in den informellen Sektor begünstigt werde. Von Steuergerechtigkeit könne keine Rede sein. Dass trotzdem die Verschuldung steige und gleichzeitig die angenommenen Erlöse aus dem Öllexport für 2010 höher angesetzt wurden als vom Finanzministerium erwartet, sei ebenfalls kein gutes Signal.

Armando Paredes, Vorsitzender des *Koordinierungsrates der Wirtschaft* (Consejo Coordinador Empresarial CCE) kritisierte, zu den aktuellen Rezessionszeiten stehe dieses Haushaltspaket in einem kompletten Widerspruch. Die Alternative sei vielmehr, die öffentlichen Haushalte auf unproduktive Ausgaben zu durchforsten und die Korruption

zu bekämpfen. So aber werde die private Investition leiden, mit der Folge weiterer Arbeitsplatzverluste, ließ sich auch der Vorsitzende der *Vereinigung der Industriekammern CONCAMIN*, Salomón Presburger vernehmen.

Unbeeindruckt von dieser Kritik sieht Präsident Felipe Calderón derweil erste Erholungssignale für die mexikanische Wirtschaft im kommenden Jahr. Er sei sich sicher, dass seine sechsjährige Amtszeit ein „*sexenio* der nationalen Infrastruktur“ werde, so Calderón bei der Einweihung einer zweiten Landebahn des Flughafens von Cancún. Zwischen Juni und Oktober habe das Sozialversicherungssystem IMSS 200.000 Neuzugänge verzeichnen können, die Wirtschaft sei zwischen August und Oktober im Vergleich zum Vorquartal um drei Prozent gewachsen. Er hoffe, dass durch den Grippevirus A H1N1 nicht neue Beeinträchtigungen eintreten. Das mexikanische Gesundheitsministerium bezifferte die Zahl der daran inzwischen in Mexiko Gestorbenen jetzt auf 271 und verzeichnete allein in der vergangenen Woche über 6300 Neuerkrankungen.

Kritik vom Ex-Nobelpreisträger

Die genannten Probleme sprach bei einer Tagung der mexikanischen Zentralbank hat jetzt auch der frühere Träger des Wirtschaftsnobelpreises, James J. Heckman, an. Die Wirtschaft Mexikos sei zu langsam, überreguliert und zu ölabhängig. Die Wettbewerbsfähigkeit in seinem „Kapitalismus der Freundschaftsbeziehungen“ sei eingeschränkt, da das System die Entwicklung von Monopolen begünstige. „Diese Monopole, die den Eintritt innovativer Wettbewerber verhindern, verzögern das Wachstum und sorgen für überhöhte Preise“, sagte Heckmann. Auch brauche Mexiko, das eine „überraschendes Niveau von Ungleichheit“ aufweise, dringend Stimuli zur Überführung informeller Beschäftigungsverhältnisse in den formalen Arbeitsmarkt. Die Regierung müsse ihre Investitionen in Humankapital dringend erhöhen.

Dieser Analyse pflichtete Mexikos Zentralbankpräsident Guillermo Ortiz Martínez weitgehend bei und nannte für das laufende

Jahr die Spanne zwischen 6,5 und sieben Prozent als erwarteten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr. Mexiko leide auch deshalb besonders unter der Krise, weil es seine Wirtschaft und seine Absatzmärkte nicht hinreichend diversifiziert habe und zu sehr von der Entwicklung in den USA abhängt. Lateinamerika insgesamt alle auch deshalb hinter die asiatischen Wachstumsländer zurück, weil hier mehr an das Leben von Renditen als an die Schaffung von Werten gedacht werde. Hinzu kämen geringere Spar- und Investitionsquoten sowie mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

Der angesehene Journalist Andrés Oppenheimer – gerade hat er der fehlenden Integration in Lateinamerika in seinem neuen Buch *Los Estados desunidos de las Américas* den Spiegel vorgehalten – vergleicht Mexiko einmal mehr mit Brasilien. Der dortige Erfolg sei eben gerade darauf zurückzuführen, dass man „nicht ständig das warme Wasser neu erfinde und man seine Politik nicht alle fünf Jahre wechsele“. Brasilien habe inzwischen Positionen besetzt, die Mexiko ohne Not geräumt habe. Lateinamerika komme als Ganzes auch deshalb nicht voran, so Oppenheimer in einem Interview mit der Zeitung *El País* am 21. Oktober, weil speziell die „Strömung der narzisstisch-leninistischen Präsidenten“ steigende Rohstoffpreise schon für ein tragfähiges ökonomisches Modell hielten.

Sorge um die Journalisten

Derweil erschüttert die vor allem durch den Drogenkrieg ausgelöste Gewaltwelle weiterhin wichtige Teile Mexikos. Auf über 6000 Tote ist inzwischen die Opferrate im laufenden Jahr angewachsen, derzeit sterben täglich fast 25 Menschen vor allem als Konsequenz der Auseinandersetzung zwischen den Drogenkartellen um Einfluss und Märkte.

Auch an anderen Fronten hat Mexiko weiterhin Probleme. Die Organisation *Reporter ohne Grenzen* stufte das Land in seinem gerade veröffentlichten Bericht 2009 auf Rang 137 von 173 untersuchten Ländern ein. Neun ermordete Journalisten im laufenden Jahr und 55 seit dem Jahr 2000 machten

Mexiko zu einem der gefährlichsten Pflaster für Medienschaffende. Das gewaltsame Klima im Land sorge – ebenso wie in Kolumbien – für Autozensur und Tabuthemen, woran auch Vertreter der Staatsgewalt nicht unschuldig seien. Am schlechtesten in Lateinamerika allerdings schneidet einmal mehr Kuba ab. Die wenigen Hoffnungen, die sich mit dem Amtsantritt von Raúl Castro verbunden gewesen seien, hätten sich komplett zerschlagen, so der Journalistenverband. Kuba bleibe mit 25 inhaftierten Journalisten und seinen permanenten Internetblockaden eine „unbewegliche Diktatur“.